

werden, müsste Arbeit dort entprekariert und aufgewertet werden. Außerdem müsste der gemeinwohlorientierte Beschäftigungssektor deutlich ausgeweitet werden.

Ob und wie sich auf diesem zerklüfteten Klassenterrain tragfähige gesellschaftliche Allianzen knüpfen lassen, ist auch von Entwicklungen auf dem strategischen Terrain der populären Ideologien und Anschauungen abhängig. Welche Potenziale finden sich in den populären Anschauungen für die verschiedenen populären Anschauungen, insbesondere für den Grünen Sozialismus? Welche Anknüpfungspunkte bieten sich für Sozialstaatsprojekte, die soziale Sicherheit stärken (Dekommodifizierung), soziale Ungleichheiten abbauen und auch die Wirtschaft demokratisieren und gleichzeitig effizienten Klimaschutz betreiben wollen? Um diese Fragen zu beantworten, werde ich mich in diesem Kapitel mit unterschiedlichen Informationsquellen auseinandersetzen.

Ich werde zunächst mit Hilfe vorliegender Sekundärliteratur zu politischen Einstellungen und Gesellschaftsdeutungen einführend wichtige Trends auf dem Feld der populären Anschauungen nachzeichnen (Kap. 5.1). Danach stelle ich die Ergebnisse einer qualitativen Kurzbefragung zur Arbeit, Gesellschaftsdeutungen und Sozialstaatsorientierungen vor. Diese »Deutungstendenzen« wurden aus 34 Interviews mit Beschäftigten eines Endherstellers der Automobilindustrie, des ÖPNV und aus Krankenhäusern herausgearbeitet, die Studierende im Rahmen einer Lehrforschung erhoben haben, die ich 2020/21 an der Universität Göttingen durchgeführt habe (Kap. 5.2). Die Darstellung sozialer Deutungsmuster (Kap. 5.3) wird schließlich den empirischen Hauptteil dieses Kapitels bilden. In diesem Zusammenhang werde ich auch Meinungen zu wirtschaftsdemokratischen Forderungen darstellen, zu denen ich einen Teil meiner Interviewpartner*innen befragen konnte (Kap. 5.4). Abschließend werde ich meine eigenen Befunde in einen breiteren Zusammenhang einbetten, indem ich mich mit politischen Einstellungstypen, politischen Lagern und Wahlorientierungen auseinandersetze (Kap. 5.5).

Durch diesen Rückgriff auf einen Mix an sekundären und primären empirischen Quellen versuche ich ein (unvollständiges) Mosaikbild über das gesellschaftlich verbreitete Alltagsbewusstsein zusammenzusetzen. Dabei werde ich möglichst auf klassenspezifische Einstellungen bzw. Deutungen eingehen. Meine eigene empirische Analyse ist dabei ein wichtiger Mosaikstein, auch wenn qualitative Befunde (natürlich) nicht repräsentativ sind.

5.1 Wichtige Trends auf dem Terrain der populären Anschauungen

M.E. gibt es fünf wichtige Trends, die das Terrain der populären Ideologien prägen: Die Wertschätzung des Wohlfahrtsstaates und das Interesse am sorgenden, befähigen, aber auch schützenden Sozialstaat; die Wahrnehmung tiefer sozialer Ungleichheit; ein verbreitetes ökologisches Dringlichkeitsgefühl; ein tiefes Unbehagen an »der« Politik; die Virulenz von Fremdenfeindlichkeit.

5.1.1 Wertschätzung des Wohlfahrtsstaates

Zieht man quantitative Befragungen zu Rate, die sich mit Haltungen gegenüber dem Wohlfahrtsstaat und Ansprüchen an Sozialstaatspolitik beschäftigen, drängt sich der Eindruck auf, die Bedingungen für soziale Reformpolitik, aber auch für eine konflikt-haftere sozial-ökologische Transformationspolitik seien gut. Ein erster wichtiger Trend auf dem Terrain der populären Anschauungen, den es festzuhalten gilt, lautet: Der Sozialstaat ist ausgesprochen beliebt und die Deutschen scheinen ihn stärker durch höhere Steuern für Vermögende und – deutlich umstrittener – auch Unternehmen finanzieren zu wollen. Das ist nach einer langen Phase der Delegitimierung des Sozialstaates durch neoliberale Politik alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung, die 2018 veröffentlicht wurde, wünschen sich rund 70 Prozent der Befragten einen Staat, der eine umfassende soziale Absicherung garantieren soll. Immerhin 36 Prozent stimmten zu, dass der Sozialstaat einen umfassenden sozialen Ausgleich schaffen soll. In einer Vorgängerstudie, die 11 Jahre früher veröffentlicht wurde, lagen diese Werte noch deutlich niedriger. Für eine umfassende Absicherung sprachen sie damals ganze 8 Prozent, für einen umfassenden Ausgleich ganze 11 Prozent weniger aus. Dass der Staat den Unternehmen starke Vorgaben machen sollte, meinten 37 Prozent – in diesem Fall waren es in der Vorgängerstudie noch 48 Prozent gewesen. Umfassender Ausgleich und starke politische Vorgaben für die Wirtschaft sind sozialpolitische Leitideen des links-ökologischen Projektes. Beides wird von mehr als einem Drittel der Befragten unterstützt, aber beides trifft auch auf deutlichen Gegenwind. Gegen eine sozial ausgleichende Politik sprachen sich ganze 40 Prozent, gegen mehr Vorgaben für die Unternehmen ganze 32 Prozent aus. Insofern deuten sich hier auch klare Konfliktlinien an (Müller-Hilmer/Gagné 2018, 9).

Grund für den Wunsch nach einem stärker absichernden Wohlfahrtsstaat könnten brisante Problemwahrnehmungen sein:

»Die derzeitige Gültigkeit des Leistungsversprechens ist stark umstritten, sozialer Zusammenhalt und sozialer Ausgleich gelten einer deutlichen Mehrheit der Deutschen als gefährdet. Hieraus entspringt der klare Handlungsauftrag an Staat und Politik, gleiche Chancen und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten, den Bürgern ein Grundgefühl der Geborgenheit zu vermitteln.« (Hilmer/Kohlrausch/Müller-Hilmer/Gagné 2017, 11)

60 Prozent der Befragten empfanden, dass es in Deutschland nur noch ein Oben und Unten gibt, während nur 19 Prozent meinten, es gäbe eine breite Mittelschicht. 53 Prozent der Befragten waren der Ansicht, dass unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderreibe – der Eindruck einer sozialen Polarisierung in Unten und Oben ist also weit verbreitet. Der Ansicht, dass in Deutschland der soziale Zusammenhalt groß ist, waren dagegen lediglich 23 Prozent (ebd., 18). In einer anderen quantitativen Untersuchung, deren Daten 2016 erhoben wurden, stimmten 82 Prozent der Befragten zu, die Ungleichheit in Deutschland sei zu groß. 49 Prozent meinten das voll und ganz, 33 Prozent stimmten eher zu (Heinrich/Jochem/Siegel 2017, 19). Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie

sich diese Einschätzung je nach selbstgewählter Schichteinstufung¹ unterscheiden. Man kann zwar feststellen, dass das »Ungleichheitsproblem« von Menschen, die sich eher oben verorten, in geringerem Maße gesehen wird – aber immer noch von einer deutlichen Mehrheit:

Tabelle 11: Zustimmung Aussage: Die Ungleichheit ist zu groß in Deutschland

	Unterschicht	Arbeiter-schicht	Mittelschicht	Obere Mittel-schicht	Oberschicht
Voll und ganz	79	59	45	38	38
Eher ja	7	28	36	36	36
Gesamt	86	87	81	74	74

Quelle: (ebd., 17).

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, wie die eigene wirtschaftliche Situation von den Befragten eingeschätzt wurde. Je niedriger die Einkommensschicht (hier auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens), als desto schwieriger wurde die eigene soziale Lage beurteilt.

Tabelle 12: Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage (in Euro) in Prozent (nach Einkommensschichten)

	Bis 1000	1001–2000	2001–3000	3001–4000	4000 und mehr
Sehr gut	2	2	8	7	19
gut	37	47	56	70	69
Teils/teils	37	38	33	20	10
schlecht	17	7	3	2	2
Sehr schlecht	7	6	0	1	0

Quelle: (Heinrich/Jochem/Siegel 2017, 18).

1 Objektive und subjektive Lage sind nicht identisch. Von denen, die als höchsten Bildungsabschluss den Hauptschulabschluss angaben, ordneten sich z.B. 6 Prozent in die Unterschicht ein, 38 Prozent sahen sich als Teil der Arbeiterschicht, 52 Prozent verstanden sich als Angehörige der Mittelschicht und 3 Prozent als Teil der oberen Mittelschicht. 3 Prozent derjenigen, die über die Mittlere Reife verfügten, betrachteten sich als Teil der Unterschicht, 30 Prozent als Teil der Arbeiterschicht und 57 Prozent als Teil der Mittelschicht. 8 Prozent meinten, sie gehörten zur oberen Mittelschicht (Heinrich/Jochem/Siegel 2017, 15).

Wohlfahrtsstaatspolitik wird vor diesem Hintergrund gewertschätzt, besonders beliebt sind Reformen, die zum Abbau der Ungleichheit beitragen würden. Für die steuerliche Entlastung mittlerer und unterer Einkommen sprachen sich 83 Prozent der Befragten aus. 76 Prozent meinten, es sollten höhere Steuern auf höhere Einkommen und große Vermögen erhoben werden. Für die stärkere Anhebung von Löhnen und Gehältern sprachen sich 72 Prozent der Befragten aus und eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns befürworteten 71 Prozent (ebd., 19).

Aber auch wohlfahrtsstaatliche Aufgaben im engeren Sinne werden von breiten Mehrheiten der Befragten für wichtig erachtet. Allerdings gehen hier die Meinungen stärker auseinander, welche bevorzugt werden. Vereinfacht gesagt: Besonders beliebt sind (auch über die Schicht- oder Berufsklasseneinteilungen hinweg) Ausgaben für Renten, die Krankenversorgung und Bildung – deutlich umstrittener sind Ausgaben für Erwerbslose, insbesondere für Menschen, die von (zum damaligen Zeitpunkt) Hartz 4 lebten. Danach gefragt, für welche Aufgaben der Staat auf jeden Fall verantwortlich sein soll, ergab sich laut der zuletzt zitierten Studie die folgende Verteilung. Deutlich wird: Insbesondere im eigentlichen Sinne umverteilende und auch dekommodifizierende Politik (»angemessener Lebensstandard für Erwerbslose bieten«) ist durchaus mehrheitsfähig. Aber sowohl das Ausmaß der Unterstützung als auch der Anteil der entschiedenen Unterstützer*innen ist deutlich geringer als bei anderen Reformen.

Tabelle 13: Meinungen: Wofür der Staat verantwortlich sein sollte

	Auf jeden Fall	Eher verantwortlich	Gesamt
<i>Gesundheitsversorgung sicherstellen</i>	64	31	95
<i>Im Alter angemessenen Lebensstandard bieten</i>	58	36	94
<i>Vereinbarkeit von Familie und Beruf</i>	47	39	86
<i>Arbeitslosen gute Berufsperspektive bieten</i>	42	43	85
<i>Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich abbauen</i>	41	31	72
<i>Erwerbslosen einen angemessenen Lebensstandard bieten</i>	24	43	67

Quelle: (dies., 22).

Dass Sozialstaatsreformen in unterschiedlichem Maße unterstützt werden, wird klar, wenn man betrachtet, für welche Aufgaben Befragte mehr Geld ausgeben würden. Ganz vorne lagen hier Schulen (91 %), Pflegeeinrichtungen (87 %) und KiTas (80 %). Deutlich befürwortet werden auch mehr Investitionen in das Hochschulwesen (73 %) und in den kommunalen und sozialen Wohnungsbau (71 %). Drei der fünf beliebtesten Reformideen würden den Bildungs- und Erziehungssektor stärken, die anderen beiden die soziale Infrastruktur bzw. den Öffentlichen Dienst. Für mehr Geld für ALG-II- bzw.

ALG-I-Empfänger sprachen sich dagegen jeweils nur 33 Prozent der Befragten aus – bei den ALG-II-Empfängern wollten sogar 15 Prozent das Geld kürzen (ebd., 24).

Interessant ist in diesem Zusammenhang, welche Sozialstaatsreformen welche Teile der Bevölkerung in der Vergangenheit unterstützt haben. Lea Elsässer hat auf der Grundlage einer bis in die 1980er Jahre zurückreichenden Datenbasis, die die Hochphase des marktsozialdemokratischen Umbaus des Sozialstaates bis 2004/05 umfasst, nachgezeichnet, welche größeren Umbauprojekte von welchen Berufsklassen (angelernte Arbeiter*innen, Facharbeiter*innen, einfache Angestellte, höhere Angestellte, Beamte und Selbständige) unterstützt wurden. Ihr Ergebnis: Sog. sozialinvestive Maßnahmen, etwa in Bildung oder eine aktive Arbeitsmarktpolitik (nicht: aktivierende) waren demnach über alle Berufsklassen hinweg beliebt und wurden von deutlichen Mehrheiten befürwortet – eine übergreifend hohe Zustimmung fand etwa der Ausbau der Kita-Plätze für U-Dreijährige (Elsässer 2018, 543–544).

Klassische umverteilende Programme der sozialen Sicherung fanden am wenigsten Unterstützung in den oberen, am meisten aber in den unteren Berufsklassen (ebd., 545). Gerade die Kürzungsmaßnahmen im Bereich der absichernden Sozialpolitik sei gegen den Willen der einfachen Arbeiter*innen durchgesetzt worden. Klar unterstützt wurden sie von Beamt*innen und Selbständigen. Die unteren Berufsgruppen waren auch dann gegen diese Änderung, wenn als Option in der Befragung angeboten wurde, dass dafür niedrigere Beitragssätze der Sozialversicherung eingeführt würden (ebd., 548). Der Umbau zu einem weniger absichernden, stärker aktivierenden Sozialstaat wurde demnach stärker von den mittleren und stark von den oberen Berufsklassen unterstützt. Aber: Auch Reformen, die Sanktionen für Erwerbslose einführten oder stärkten, wurden von einer Mehrheit der unteren Berufsklassen unterstützt. Allerdings fiel die Zustimmung dafür deutlich niedriger aus als in den oberen Berufsklassen. Beispielsweise unterstützten rund 55 Prozent der Facharbeiter*innen und 49 Prozent der Arbeiter*innen die Idee, jungen Erwerbslosen Leistungen zu kürzen, wenn diese nicht bereit wären für eine Job umzuziehen – unter den Selbständigen unterstützten das 73 Prozent (ebd., 551).

Aber wie finanzieren, was gewünscht wird? Für alle politischen Projekte ist dies eine entscheidende Frage, weil damit Verteilungsfragen verbunden sind – entweder der Neuverteilung bisher anders verteilter Mittel (Umschichtung in öffentlichen Haushalten) oder weil mehr Steuern durch die höhere Belastung bestimmter Einkommensschichten bzw. gesellschaftlicher Klassen nötig werden. Deshalb birgt die Finanzierungsfrage auch immer Konfliktpotenziale. Eine Mehrheit der Menschen im Land möchte laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung weitere Ausgaben durch die höhere finanzielle Belastung von hohen Vermögen finanzieren – 68, 2 Prozent der Befragten stimmten dem zu, 34,5 Prozent sogar voll und ganz. Dagegen sprachen sich entscheiden rund 10 Prozent aus, etwa 20 Prozent stimmte eher nicht zu (Bandau/Lübker/Rixen 2017, 8). Klar abgelehnt wird die Idee, der Staat sollte weitere Ausgaben durch weitere Staatsverschuldung zahlen, nur 19,6 Prozent der Befragten sprach sich dafür aus – rund 30 Prozent waren dagegen entschieden anderer Meinung, etwa 47 Prozent stimmten diesem Vorschlag eher nicht zu. Ebenso klar ist: Eine sehr große Mehrheit der Deutschen spricht sich gegen weitere Kürzungen von Leistungen aus, auch als Mittel, um wiederum andere Leistun-

gen zu finanzieren. Rund 32 Prozent stimmten gar nicht zu, 48 Prozent eher nicht. Etwas polarisierter fallen die Meinungen zu anderen Finanzierungsmöglichkeiten aus.

Tabelle 14: Meinungen: Sozialstaatsausgaben sollten durch folgende Steuern finanziert werden

	Voll und ganz	Stimme zu	Eher nicht zu	Gar nicht zu
Höhere Unternehmenssteuern	21,9	31,8	31,5	11,1
Höhere Beiträge Sozialversich.	4,9	25,6	45,7	22,2
Höhere Erbschaftssteuer	19,0	28,1	29,6	20,2
Höhere Einkommenssteuer	5,7	19,4	46,2	27,2

Quelle: (ebd., 8)

Man kann diese Zahlen so interpretieren: Hohe Vermögen haben nur wenige, dagegen sie zu besteuern ist deshalb nur eine relevante Minderheit. Größere Skrupel besteht gegenüber Unternehmenssteuern – möglicherweise, weil die Sorge besteht, dies könnte Arbeitsplätze gefährden. Dennoch ist es die höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen mehrheitsfähig. Schluss mit Mehrheiten ist bei Einkommens- und Erbschaftssteuern, von deren Erhöhung sich auch etliche Angehörige mittlerer und oberer Einkommensgruppen betroffen fühlen könnten.

5.1.2 Die ungerechte Gesellschaft

Grundsätzlich kann man sagen: Je weiter oben Menschen in der Klassengesellschaft wandeln, desto weniger stören sie sich an materieller sozialer Ungleichheit – auch wenn größere Teile der oberen Einkommenssichten, wie gesehen, meinen, die Ungleichheit sei zu groß im Land. Anders gesagt: Kritisch zur Oben-Unten-Ungleichheit verhalten sich Mehrheiten aus tendenziell allen Statuslagen, am kritischsten sind aber die mit niedrigen und mittleren Bildungsabschlüssen und Einkommen (Mau/Lux/Gülzau 2020, 334).

Auch qualitative Untersuchungen haben immer wieder das verletzte Gerechtigkeitsempfinden in der Bevölkerung zum Thema gemacht, nicht zuletzt in der Industriearbeiterschaft. Dabei handelt es sich um eine bereits länger verbreitete Auffassung, wie auch der Blick in Studien aus den letzten zehn Jahren zeigt – Patrick Sachweh etwa stellt dar, dass bereits in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren zwar die Regeln des Marktes (also die Orientierung an der sog. Leistungsgerechtigkeit) breit in der Bevölkerung akzeptiert wurden, zugleich aber »[...] wurden die realen Verhältnisse im Großen und Kleinen immer weniger als gerecht beurteilt.« (Sachweh 2010, 20).

Laut einer Untersuchung einer Forschergruppe aus Jena, die im Jahr 2013 veröffentlicht wurde, waren insbesondere unter Industriearbeiter*innen, deren wirtschaftliche Existenzgrundlage in den kommenden Jahren besonders stark durch die ökologische Modernisierung betroffen sein wird, Ungerechtigkeitsempfindungen weit verbreitet. Während das Unternehmen, in dem die Befragten arbeiteten, trotz durchaus vorhandener Kritik, eher positiv bewertet wurde, formulierten die befragten Arbeiter*innen eine

deutliche Gesellschaftskritik (Dörre u.a. 2013, 13). Die Gesellschaftskritik war geprägt durch die Wahrnehmung, die soziale Ungleichheit würde zunehmen (Dörre/Matuschek 2013, 43). Den gesellschaftlichen Reichtum sahen drei Viertel bis vier Fünftel der befragten produktionsnahen Arbeiter*innen als ungerecht verteilt an (ebd., 44). Das untergrub auch die Legitimität des Kapitalismus:

»Die Aussage ›Das heutige Wirtschaftssystem ist auf Dauer nicht überlebensfähig‹ halten zumindest relative Mehrheiten in West (54 %) und Ost (41 %) für unzutreffend. Auffällig ist der hohe Anteil der Befragten, die unentschieden sind (34 % West, 33 % Ost). Rechnet man diese Befragten hinzu, so summieren sich die Antworten, die keine eindeutige Positividentifikation mit dem kapitalistischen System beinhaltet, auf 88 % West und 74 % Ost.« (ebd.)

Zu ähnlichen Einschätzungen kamen auch Barbara Heil und Martin Kuhlmann aus Göttingen, die sich ebenfalls mit der Situation von Industriearbeiter*innen in eher großen Betrieben auseinandersetzten. In den untersuchten Belegschaften löse sich die Vorstellung, die sich zumindest in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft verbreitet hatte, der gesellschaftliche Wohlstand würde wachsen und auch für Arbeiter*innen würde es mehr Sicherheit und mehr Aufstiegschancen geben, eher auf. Die Wahrnehmung gestiegener Unsicherheit, einer ungleichen Einkommensverteilung und auch ungleicher Arbeitsbedingungen verbreite sich demnach – mit der Folge, dass Beschäftigte gleichermaßen verunsichert werden, als sich auch ihrer (relativ) privilegierten Situation bewusst sind (Heil/Kuhlmann 2016, 528)².

Aber sind diese Eindrücke nicht bereits veraltet? Eine jüngere Studie einer Forscher*innengruppe um den Soziologen Ulrich Brinkmann, die sich mit dem Gesellschaftsbewusstsein von Arbeiter*innen auseinandersetzte, die in der IG Metall organisiert sind, legt etwas anderes nahe. 90,4 Prozent der von ihnen befragten 255 gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen stimmten demnach voll und ganz oder eher der Aussage zu »Die Reichen profitieren davon, dass die Armen ärmer werden.« 61,5 Prozent stimmten voll und ganz oder eher zu Angst davor zu haben, dass es kommenden Generationen schlechter gehen werde. Sorge, dass es ihnen selbst in Zukunft schlechter gehen könnte, hatten dagegen »nur« 46 Prozent der befragten IG Metall-Mitglieder (Brinkmann/Hassan-Beik/Zappino 2020, 98). Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Unzufrieden waren die befragten Beschäftigten nicht nur mit der gesellschaftlichen Entwicklung. Gerade in den qualitativen Interviews trat beträchtliches Arbeitsleid hervor, insbesondere Klagen über gestiegene Arbeitsbelastungen und Intensivierung von Arbeit (ebd., 163). Laut Autor*innengruppe verdichten sich die Kritiken. Es geht nicht lediglich um Unzufriedenheiten mit diesem oder jenem Problem, sondern die dargestellten Zustimmungswerte und Interviews stehen für »[...] ein erhebliches Unbehagen mit dem Kapitalismus« (ebd., 101), einem wesentlichen Teil der interviewten Beschäftigten

2 Bezüglich der Selbsteinschätzung als relativ privilegiert kamen Stefanie Hürtgen und Stephan Vosswinkel (Hürtgen/Vosswinkel 2014, 345) zu ähnlichen Ergebnissen.

seien Zweifel an der Legitimität des Kapitalismus und dessen Wohlstandsversprechen gekommen (ebd., 102).

Wohlgemerkt, im Mittelpunkt dieser qualitativen Studien standen eher mittlere Schichten der Arbeiter*innenklasse, jedenfalls überwiegend nicht die unteren Einkommensschichten. Für beide gilt: Die Wahrnehmung härterer Zeiten und auch großer Ungleichheiten, selbst die Vorstellung, der kommenden Generation könnte es schlechter gehen, bedeutet nicht, dass sich Befragte unisono selbst zu den Verlierern der Entwicklung zählen – das gilt gerade auch für die untersten Schichten (Mau 2022, 15).

5.1.3 Ein Unbehagen an der Politik

Zwischen den politisch Vertretenen und ihren Repräsentant*innen ist ein deutlicher Riss entstanden. Das ist ein weiterer wichtiger Trend auf dem Terrain der populären Anschauungen, dem es nachzugehen gilt. Das Vertrauen in die Zukunft, das legen zumindest die qualitativen Untersuchungen nahe, die sich mit Industriearbeiter*innen beschäftigen, ist erschüttert. Diese Erschütterungen wurzeln z. B. in dem so wahrgenommenen Wachstum der Ungleichheit und sozialer Unsicherheit, aber auch in Erfahrungen mit Verschlechterungen der eigenen betrieblichen Arbeitsbedingungen. Eine ökologische Transformation unserer Gesellschaft, insbesondere ihrer industriellen Basis, ist ein weiterer verunsichernder Umbruch, in dem diejenigen, die politische Verantwortung tragen, eine zentrale Rolle spielen. Wie nehmen Menschen in Deutschland also Politiker*innen, Parteien und den Staat wahr? Interessante Eindrücke bietet hier die oben bereits zitierte Studie »Einstellung und soziale Lage«. Sie deuten auf massive Legitimationsprobleme der Parteien hin:

»Die Politik gilt als nicht ausreichend responsiv und die Demokratie teils von Partikularinteressen untergraben. Den politischen Institutionen, allen voran den Parteien, wird wenig Vertrauen entgegengebracht und auch den Medien wird mit ausgeprägtem Misstrauen begegnet. Viele Bürger fühlen ihre Interessen zu wenig berücksichtigt, zudem beklagen sie, dass Arbeitnehmer zu wenig Mitsprache am Arbeitsplatz haben (Hilmer/Kohlrusch/Hilmer-Müller/Gagne 2017, 11).

In die politischen Parteien hatten 2017 nur 17 Prozent eher großes, aber 57 Prozent lediglich geringes Vertrauen. In die Medien hatten sogar nur 23 Prozent der Befragten eher großes Vertrauen, 53 Prozent gaben dagegen nur geringes. Diese Zahlen sprechen für ein enormes Unbehagen an der Politik und für ein ausgeprägtes Misstrauen denen gegenüber, die in der politischen Öffentlichkeit den Ton angeben (ebd., 21).

Die Befunde der Studie deuten auf einen Riss zwischen Vertretenden und Vertreter*innen hin, zumindest scheinen erhebliche Teile der Befragten das Vertrauen in Politiker*innen und Parteien verloren zu haben:

*Tabelle 15: Einschätzung zu Politiker*innen, Parteien und Politik*

Aussage	Zustimmung in Prozent
<i>Führende Politiker leben in ihrer eigenen Welt</i>	69
<i>Es ist egal, welche Partei man wählt</i>	56
<i>Die Wirtschaft hat zu großen Einfluss auf politische Entscheidungen</i>	60
<i>Parteienpolitik ist eine Fassade, hinter der andere Interessengruppen agieren</i>	57
<i>Die Bürger müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen</i>	68

Quelle: (ebd., 19)

Möglicherweise erklärt sich das starke »Unbehagen an der Politik« auch aus dem verbreiteten Eindruck, mächtige Interessengruppen würden eigentlich den Ton in der Politik angeben – die 60 Prozent, die meinen, die Wirtschaft habe einen zu großen Einfluss auf politischen Entscheidungen, legen das nahe. Das Gefühl, die Wirtschaft würde letztlich die Macht ausüben, der Eindruck eigener Machtlosigkeit, aber auch der Anspruch auf mehr Beteiligung, sind jedenfalls nicht erst seit kurzer Zeit weit verbreitet. Laut Wilhelm Heitmeyer stimmten bereits im Jahr 2003 47 Prozent der in einer Untersuchung Befragten voll und ganz, und 35,5 Prozent eher der Aussage zu, letztendlich entscheide »die Wirtschaft in unserem Land, nicht die Politik.«

Dass »Wähler mehr Einspruchsrechte haben sollten, damit Großkonzerne nicht alles machen können«, meinten damals »voll und ganz« rund 57 Prozent, »eher« rund 28 Prozent der Befragten (Heitmeyer 2020, 183–184). Auch dieses Unbehagen an der Politik bzw. dieser Riss zwischen politischen Vertreter*innen und den von ihnen Vertretenen wurde in qualitativen Studien zum Beschäftigtenbewusstsein rekonstruiert. In der Studie »Rechtspopulismus und Gewerkschaften«, in der vorwiegend mit Gewerkschafter*innen gesprochen wurde (ähnliche Befunde präsentieren Brinkmann/Hassan-Beik/Zappino 2020, 103f.), heißt es beispielsweise, dass sich in den Industriebelegschaften ein teils kritisch-oppositioneller, ein zum Teil resignativer Blick auf die politischen Eliten feststellen lässt. Demnach sahen wachende Teile der Befragten ihre Interessen durch die etablierten Parteien nicht vertreten. Sogar Staats- und nicht nur Politiker*innenkritik sei zu finden. Der Staat werde

»[...] nach einer drei Jahrzehnte umfassenden neokonservativneoliberalen Epoche als nicht mehr nur enteignete oder entfremdete, sondern vielfach feindliche Institution wahrgenommen: als der Staat ›der anderen‹.« (Sauer u.a. 2018, 196)

Der Staat als der Staat der anderen – an anderer Stelle der Studie heißt es dazu:

»Aus der Distanz zur Politik entwickelt sich eine Anti-Establishment-Haltung. Misstrauen in die überkommenen Strukturen demokratischer Willensbildung und ihrer Institutionen ist der Resonanzboden für diese Haltung. Sie findet ihren Ausdruck in ›einem wir hier unten‹ – der einfache, hart arbeitende Mann – gegen ›die da oben‹ – die

Eliten, die Politiker, die Medien (»Lügenpresse«) oder schlicht »das System«. In dieser Perspektive hat die Politik jeden Gestaltungsanspruch für die gesellschaftlichen Verhältnisse aufgegeben.« (ebd., 154f.)

Wie typisch solche zugespitzten Dagegen-Haltungen sind, muss offenbleiben. In der oben bereits zitierten Untersuchung »Solidarität und Skepsis« kommen Ulrich Brinkmann u.a. zu ähnlichen Befunden.

Anders lauten dagegen die Ergebnisse einer Studie zu Gesellschaftsbildern bei Betriebsräten und Vertrauensleuten der IG Metall, die am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen durchgeführt wurde. Martin Kuhlmann u.a. unterstreichen, dass dichotomische Gesellschaftsvorstellungen, denen zur Folge ein Oben gegen ein Unten kämpft, an Bedeutung verloren haben. Zwar stimmen 64 Prozent der von ihnen telefonisch Befragten zu, der zukünftigen Generation werde es schlechter gehen; 75 Prozent meinten, in unserer Gesellschaft zählten nur noch Zahlen, nicht Menschen; und 68 Prozent fanden, große Unternehmen seien so mächtig, dass ihnen mit demokratischen Mitteln nicht mehr beizukommen sei. Aber das dominierende Gesellschaftsbild sei eher »equilibrisch« (es kombiniert sich aber mit anderen, unter anderem auch dichotomischen Bildern), die Gesellschaft erscheint darin eher als ständig ausgehandeltes Miteinander – und damit logisch als gestaltbar, abhängig von der Durchsetzungsfähigkeit verschiedener Gruppen. Auch wenn sich in der Gruppe der befragten Ehrenamtlichen mitunter durchaus ausgeprägte dichotomische Gesellschaftsbilder mit klar erkennbarer Gegnerschaft finden (Kuhlmann/Prekodravac/Rüb/Vogel 2022b), sehen sie sich in diesem Zusammenhang weniger als Teil eines gegen das Oben kämpfenden Unten, sondern einer »integrierten Mitte« (dies. 2022, 8).

Einen politisch interessanten Widerspruch scheint es hinsichtlich der Einschätzung der Sinnhaftigkeit politischen Engagements und der eigenen Handlungsmacht zu geben. Oben habe ich erwähnt, dass im Jahr 2017 68 Prozent der in einer Studie Befragten der Aussage zugestimmt haben, die »Bürger*innen müssten die Dinge selber in die Hand« nehmen. Gleichzeitig wurde in anderen Studien aber auf ein ausgeprägtes Ohnmachts- und Resignationsgefühl hingewiesen. In der Leipziger Autoritarismusstudie stimmten immerhin 74,5 Prozent der Befragten der Aussage zu »Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut«: Im Osten meinten das rund 81 Prozent, in Westdeutschland etwa 73 Prozent. Ließe sich das noch als Grund dafür interpretieren, weshalb eine Mehrheit meint, die Bürger*innen müssten »die Dinge selbst in die Hand nehmen«, widerspricht dem, dass immerhin 66 Prozent der Befragten glaubten, politisches Engagement sei sinnlos. In Ostdeutschland waren es fast Dreiviertel der Befragten, die das im Jahr 2022 so sahen (Decker/Kiess/Heller/Schuler/Brähler 2022, 66–67).

Eine Abwendung von »der Politik« hat insbesondere für linke und mittelinke Parteien schwerwiegende Folgen. Die Unterstützung ihrer sozial- und verteilungspolitischen Agenda ist in den unteren sozialen Schichten am größten. Gerade aber in den unteren Einkommensschichten ist die Wahrscheinlichkeit an einer Wahl teilzunehmen in den vergangenen Jahrzehnten gesunken. Anfang der 1980er Jahre lag diese »Wahlwahrscheinlichkeit« noch in allen Einkommensgruppen bei rund 90 Prozent. Im obersten Einkommensdrittel ist diese Wahrscheinlichkeit lediglich geringfügig bis 2013 gesunken, in der

mittleren sank sie in knapp 30 Jahren um über 10 Prozentpunkte – im unteren Drittel stürzte sie zwischen 1983 und 2013 geradezu um 20 Prozentpunkte ab (Elsässer/Schäfer 2017). Mit Blick auf die westdeutsche Großstadt Frankfurt haben Armin Schäfer und Sigrid Roßteutscher dies auch mit Blick auf verschiedene Stadtteile herausgearbeitet. Bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 war die Beteiligung gerade in den Vierteln am geringsten, in denen Armut und Arbeitslosigkeit am höchsten gewesen sind (Roßteutscher/Schäfer 2016, 474). Die nach sozialen Schichten ungleiche Wahlbeteiligung zeigte sich auch bei der Bundestagswahl 2017. Damals, so Floris Biskamp, haben fast 40 Prozent der Dienstleistungsbeschäftigten (gemeint sind Berufe wie Hilfspfleger*innen, Verkäufer*innen etc.) nicht gewählt, etwas mehr als 40 Prozent der Produktionsarbeiter nahmen nicht an der Wahl teil. Zum Vergleich: Nur 10–15 Prozent der sog. sozio-kulturellen und technischen Expert*innen (z.B. Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen oder Ingenieure) gingen nicht wählen (Biskamp 2020, 3).

Dass aus dem Unbehagen an der Demokratie, aus dem Riss zwischen politischen Repräsentant*innen und Repräsentierten keine Demokratiefeindlichkeit folgen muss, ist richtig. Eine autoritäre und demokratiefeindliche Unterströmung unter denen, die mit dem politischen Establishment unzufrieden sind, scheint es aber zu geben. Laut Leipziger Autoritarismusstudie, die ich oben bereits zitiert habe, stimmten 2022 tatsächlich lediglich 4,9 Prozent der Befragten zu, unter »Umständen könnte eine Diktatur die bessere Staatsform« sein – allerdings antworteten ganze 11,4 Prozent mit »teils/teils. Dass Deutschland einen starken Führer haben sollte, der »zum Wohle aller« das Land mit »harter Hand regiert«, fanden etwa 7 Prozent – fast 15 Prozent konnten mit dieser Aussage aber teilweise etwas anfangen (Decker/Kiess/Heller/Schuler/Brähler 2022, 38). Diese antidemokratischen Potenziale jedenfalls sollten nicht unterschätzt werden. Sie sind ein wichtiges Reservoir für das antiökologische Projekt des autoritären Nationalradikalismus.

5.1.4 Zwischen (sozialen) Sorgen und Fremdenfeindlichkeit

Ein wichtiger Trend auf dem Feld der populären Anschauungen ist die Neigung zur exklusiven Solidarität. Exklusive Solidarität ist eine (interessen-)politische Orientierung, bei der sich Solidarempfindungen ausschließlich auf einen Ausschnitt der Bevölkerung beziehen, während andere ausgeschlossen und abgewertet werden (Zeuner/Gester/Fichter/Kreis/Stöss 2007, 94f.; Meier 2010, 196–198). Besonders wichtig ist die Abneigung gegen Fremde (Fremde verstehe ich hier als Catch-it-all-Begriff für Menschen, die von Rechten oder Rechtsaffinen als ausländisch betrachtet werden). Relevant ist sie, weil sie erstens die Potenziale gesellschaftlicher Sozialstaatsallianzen direkt beeinflussen, also eine wichtige politisierte Spaltungslinie darstellt. Und sie ist zweitens von Bedeutung, weil sie die Umrisse der Solidargemeinschaft markiert, die von Menschen, die sich von »Fremden« abgrenzen und diese möglicherweise abwerten, für den legitimen Bezugs- und Ausgangspunkt der Wohlfahrtsstaatspolitik gehalten wird.

Quantitative Befunde zeigen, dass Fremdenfeindlichkeit in Deutschland weit verbreitet ist. Laut Wilhelm Heitmeyer, Manuela Freiheit und Peter Sitzler stimmten im Jahr

2018/19 rund 19 Prozent der Deutschen fremdenfeindlichen Aussagen zu, in rechtsextremer Ausprägung waren es »nur« 8,9 Prozent (Heitmeyer/Freiheit/Sitzer 2020, 92). Fremdenfeindlichkeit (und Rassismus) ist ein wichtiger Bestandteil rechter und rechtsextremer Einstellungen bzw. Weltbilder. Sie bietet rechten politischen Projekte wichtige Anknüpfungspunkte. Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Geschlossene rechtsextreme Weltbilder, so Matthias Quent, haben auch in den letzten knapp 20 Jahren in der Gesamtbevölkerung an Bedeutung verloren, zwischen 2002 bis z.B. 2012 halbierte sich der Anteil fast von etwas mehr als 11 auf 6 Prozent der Bevölkerung (Quent 2019, 168).

Aber nicht alle Fremdenfeinde sind auch Rechtsextreme. Manchmal wird argumentiert, hinter Fremdenfeindlichkeit oder »Geflüchtetenablehnung« stünde nicht eigentlich eine Abneigung gegen Ausländer*innen, sondern die Angst vor der Konkurrenz um knappe staatliche Gelder/Dienstleistungen und verschärften Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt. Diese Interpretation kann sich auf entsprechende Sorgen stützen, die Befragte regelmäßig äußern. 2013, also vor dem »Sommer der Migration« 2015, der Asyl- und Migrationspolitik für einige Jahre zu einem der dominanten bundespolitischen Themen machen sollte, meinten 20 Prozent der in einer Studie Befragten, Einwanderer würden den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen – und 35 Prozent waren überzeugt, dass Zuwanderung die Löhne der Einheimischen senken würde (Kraus/Preisendörfer 2013, 62). In der oben bereits zitierten Studie »Einstellung und soziale Lebenslage«, deren Daten Anfang 2017 und damit mitten in der hitzigen politischen Auseinandersetzung über Flucht und Integration erhoben wurden, wünschten sich 54 Prozent der Befragten eine Beschränkung der Zuwanderung. Ebenfalls 54 Prozent waren der Ansicht, das müsse sein, um die Sozialsysteme zu schützen (Hilmer/Kohlrausch/Müller-Hilmer/Gagné 2017, 22–23) – 44 Prozent glaubten, Ausländer würden gegenüber Deutschen bevorzugt (ebd., 25).

Unterstreichen will ich: Das Plädoyer für eine Beschränkung der Zuwanderung kann, muss aber nicht mit einer feindseligen oder abwertenden Haltung Migrant*innen gegenüber verbunden sein. Hinsichtlich der Haltung gegenüber Innen-Außen-Ungleichheiten unterscheiden sich die Haltungen innerhalb der verschiedenen Bildungs- und Einkommensschichten relativ deutlich. Eine ungleiche Behandlung von Deutschen und Nicht-Deutschen befürworten laut Stefan Mau, Thomas Lux und Fabian Gülzau, die SOEP-Daten aus dem Jahr 2017 analysiert haben, eher Haupt- und Realschüler sowie Menschen aus dem untersten Einkommensdrittel, während (Fach-)Abiturient*innen und Angehörige des oberen Einkommensdrittel dem eher kritisch gegenüberstehen – Angehörige der mittleren Einkommensgruppe bewegen sich gewissermaßen dazwischen. Auf einer Skala, auf der 0–3,9 affirmativ und 4,1 bis 7 kritisch bedeuten, ist diese Gruppe im Mittelwert bei 4 positioniert – Menschen mit Haupt- und Realschulabschluss allerdings auch eher nahe an dieser Mitte und nicht am Pol 0 oder 1 (Mau/Lux/Gülzau 2020, 334)³.

3 Von einer affirmativen oder kritischen Haltung gegenüber der Innen-Außen-Ungleichheit wurde in Abhängigkeit davon gesprochen, ob den Aussagen »Heutzutage gibt es in Deutschland zu viele Ausländer« und »Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die legal nach Deutschland

Auch kulturelle bzw. identitäre Vorbehalte und Abneigungen gegenüber Migrant*innen sind in der deutschen Bevölkerung stark verbreitet. Laut dem bereits zitierten Beitrag von Kraus und Preisendörfer stimmten 44 Prozent der Befragten der Aussage zu, aufgrund der Zuwanderung fühle man sich fremd im eigenen Land (ebd., 25), 27 Prozent fanden es besser, verschiedene Völker der Erde würden sich nicht vermischen, 31 Prozent lehnten es ab, dass Zugewanderte dieselben Rechte haben sollten wie die Einheimischen (ebd., 24–25). Ähnliche Trends zeichnet auch die Leipziger Autoritarismusstudie aus dem Jahr 2022 nach. Der Aussage, »Ausländer kommen nur her, um unseren Sozialstaat auszunutzen« stimmten insgesamt 27,4 Prozent zu, in Westdeutschland waren es 21,5 Prozent, in Ostdeutschland sogar mit 49 Prozent fast die Hälfte der Befragten. Dass die Bundesrepublik durch »die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet« sei fanden 20,7 Prozent der Befragten, 37,9 Prozent im Osten und 16 Prozent im Westen (Decker/Kiess/Heller/Schuler/Brähler 2022, 38–39). 2018 meinten fast 56 Prozent der Befragten, sie würden sich aufgrund zu vieler Muslime in Deutschland fremd fühlen (Decker/Kiess/Schuler/Handke/Brähler 2018, 65). In der folgenden Tabelle habe ich die bisherigen Eindrücke unter den beiden Kategorien »soziale Bedrohung« und »identitäre Bedrohung« zusammengefasst:

Tabelle 16: Fremdenfeindliche Haltungen (in Prozent)

Datenerhebung	Soziale Bedrohung	Identitäre Bedrohung
2013	20 + 25	30
2017	54	44 + 27
2022	27	20

Quelle: (Kraus/Preisendörfer 2013; Hilmer/Kohlrausch/Müller-Hilmer/Gagné 2017; Decker/Kiess/Heller/Schuler/Brähler 2022)

Matthias Quent hat darauf hingewiesen, dass rechte und rechtsextreme Einstellungen (von denen Fremdenfeindlichkeit lediglich ein Bestandteil ist) mitnichten vor allem ein Problem von Menschen ist, die sozial abgehängt wurden:

»Die Annahme ignoriert die Lebenswirklichkeit der vielen relativ armen Menschen, die nicht rechtsradikal sind. Und sie ignoriert das rechtsradikale Potenzial in höheren Statuslagen. Auch Professoren und Unternehmer können nach rechts driften.« (Quent 2019, 158)

Auch Wilhelm Heitmeyer schlussfolgert auf der Grundlage mehrjähriger umfangreicher quantitativer Umfragen, dass sich derartige gruppenbezogen-menschenfeindliche Einstellungen über alle sozialen Schichten und Milieus hinweg finden.

gekommen sind, sollten die gleichen Sozialleistungen erhalten wie deutsche Staatsangehörige« eher zugestimmt wurde oder nicht (Mau/Lux/Gülzau 2020, 342).

»Ohne Probleme lassen sich sozialpolitisch linke Vorstellungen mit gesellschafts- und ordnungspolitisch illiberalen, also rechten Einstellungen kombinieren, auch Gewerkschaftsmilieus etwa sind keineswegs gegen den neuen Autoritarismus gefeit.« (Heitmeyer 2020, 165)

Wenngleich also eine Ableitung aus der sozialen Lage unmöglich ist, lässt sich doch festhalten: Desintegrationsprozesse, etwa Prekarisierung oder Arbeitslosigkeit, können fremdenfeindliche Neigungen nähren. Derartige Erfahrungen können Orientierungslosigkeit stärken. Damit ist zum einen eine tiefere Verunsicherung gemeint, zum anderen aber auch die Hoffnungslosigkeit, man selbst könne politische Entscheidungen und gesellschaftliche Entwicklungen nicht beeinflussen (ebd., 167), neben Verunsicherung also Ohnmacht. Menschen, die in diesem Sinne orientierungslos sind, neigen stärker zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus (ebd., 168). Auf derartige Zusammenhänge wurde auch in der Prekarisierungsforschung mehrfach hingewiesen (Mansel/Spaisel 2010, 67).

Eine lineare Herleitung von ausgrenzend-fremdenfeindlichen Haltungen aus sozialen Erfahrungen ist nicht möglich, so ein breiter Konsens in diesem Forschungsbereich. Und auch, wie Heitmeyer bereits andeutet, eine sozialdemokratische oder gewerkschaftliche verteilungspolitische Haltung schützt nicht. Ulrich Brinkmann u.a. haben – bereits 2007 – darauf hingewiesen, dass gerade aus dem Zusammenstoß eines derartigen »Sozialstaatsbewusstseins« mit den Anforderungen und Zumutungen des flexiblen Kapitalismus eine Art reaktiven Nationalismus befördern könnte (Brinkmann/Dörre/Röbenack 2006, 76).

5.1.5 Klimapolitische Dringlichkeit und Skepsis

Und die Ökologie? Ein weiterer wichtiger Trend auf dem Terrain der populären Anschauungen ist die Herausbildung eines »Klimabewusstseins«. Sorgen um Umwelt und Klima treiben – schichtübergreifend – die deutliche Mehrheit der Menschen im Land an (Mau 2022, 14–15). Hierzu einige Umfrageergebnisse: Jörg Hartmann und Peter Preisendörfer haben Daten verglichen, die zwischen 1984 und 2019 erhoben wurden. Die Frage, die über die Jahre hinweg immer wieder beantwortet wurde, lautete »Machen Sie sich Sorgen um den Schutz der Umwelt?« Bejahten Befragte das, wurde ihnen ein hohes Umweltbewusstsein zugeschrieben. Ihr erster Befund lautet, dass das Umweltbewusstsein – vermutlich vor dem Hintergrund der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl 1986 – 1989 besonders ausgeprägt war, 62 Prozent der Befragten machten sich Sorgen. In den 1990er Jahren verlor die Umweltproblematik demnach an Bedeutung, um dann in den Jahren nach 2000 wieder zuzunehmen. Zwischen 2010 und 2018 machten sich demnach 26 und 34 Prozent, im Jahr 2019 dann 46 Prozent der Befragten Sorgen um die Umwelt (Hartmann/Preisendörfer 2021, 325–326).

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn man die Frage stellt, ob Menschen sich Sorgen um den Klimawandel machen. Laut einer Studie, in der u.a. repräsentative Daten aus dem Dezember 2018 und Januar 2019 ausgewertet wurden, machten sich rund zwei Dritte der Wahlbevölkerung große oder sehr große Sorgen um den Klimawandel (Fulda/

Hövermann 2020, 10)⁴. Umweltbewusst sind heute nicht mehr nur in erster Linie Besserverdienende und Höherqualifizierte. 1984, so Hartmann und Preisendörfer, konnte man noch sagen, dass Abiturient*innen ein deutlich höheres Umweltbewusstsein besaßen als Menschen, die einen niedrigen oder mittleren Bildungsabschluss hatten. Heute stimmt das so nicht mehr. Noch 1996 hatten Menschen mit höheren Einkommen auch noch ein etwas höheres Umweltbewusstsein als Angehörige der mittleren und unteren Einkommensgruppe – 2016 dagegen machten sich sogar mehr Angehörige des unteren Einkommensdrittels Sorgen um die Umwelt als Angehörige aus dem oberen oder mittleren Drittel (Hartmann/Preisendörfer 2021, 229). Auch hier ergibt sich ein ähnliches, aber doch etwas abweichendes Bild, wenn man nach Sorgen um den Klimawandel fragt:

Tabelle 17: Klimasorgen: Prozentuale Anteile nach Einkommensschichten

	Bis 1000	1000–1999	2000–2999	3000–3999	4000–4999	5000–5999
(Sehr) Große Sorgen	53	61	61	65	61	72

Quelle: (Fulda/Hövermann 2020, 21)

Wenn man betrachtet, wie die Frage von unterschiedlichen Bildungsschichten beantwortet wurde, zeigt sich eine ähnliche Tendenz. Rund 50 Prozent der befragten An- und Ungelernten machten sich große oder sehr große Sorgen – bei denen mit Hochschulausbildung bzw. mit einem akademischen Beruf waren es etwa 69 Prozent. Unter den Befragten, die eine höhere Fachausbildung hatten, machten sich rund 58 Prozent, unter denen mit einer Fachausbildung etwa 60 Prozent große oder sehr große Sorgen um den Klimawandel – unter den Selbständigen waren es knapp 61 Prozent (Fulda/Hövermann 2020, 30). Die Autor*innen der Untersuchung haben auch Einstellungen zu anderen politischen Ereignissen bzw. Entwicklungen betrachtet und sind dabei auf einen interessanten Zusammenhang gestoßen: Wer sich um den Klimawandel sorgt, sorgt sich auch am ehesten um die Entwicklung der sozialen Ungleichheit, um das Wohlergehen von Geflüchteten und die Rechte von Minderheiten (dies., 25). Kritische bzw. sorgend-emphatische Haltungen zu zentralen politischen Fragen unserer Zeit scheinen also miteinander zusammenzuhängen.

Über die Wahrnehmung von Klima- und Umweltproblemen, die Bedeutung einer intakten Natur für die Menschen, aber auch über Ursachenbeschreibungen, die in der Bevölkerung verbreitet sind, informiert die Studienreihe Naturbewusstsein, deren Ergebnisse alle zwei Jahre veröffentlicht werden (BMVU 2023)⁵. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Meinung darüber was sich wie verändern müsste, um Klima und

4 Die Datenbasis der Befunde, auf die ich hier eingehe, besteht aus 2680 Telefoninterviews, die im Dezember 2018 und im Januar 2019 geführt wurden. Befragt wurden wahlberechtigte Personen ab 18 Jahren (Fulda/Hövermann 2020, 10).

5 Befragt wurden zwischen Oktober und November 2021 2410 Personen (BMVU 2023, 21).

Umwelt zu schützen. Immerhin 60 Prozent der Befragten stimmten der Aussage völlig (27 Prozent) oder eher zu (33 Prozent), dass es einen umfassenden Wandel der Lebens- und Wirtschaftsweise in Deutschland bräuchte. Lediglich 10 Prozent widersprachen dem (ebd., 67). Diese Zustimmungswerte passen zu den weiteren Meinungen zum Zustand »der« Natur und der Bedeutung des Klima- und Naturschutzes. Den Teilnehmer*innen wurde beispielsweise die Frage gestellt für wie stabil bzw. instabil sie die Lage in wichtigen ökologischen Bereichen einschätzen. 33 Prozent der Befragten meinten, die Situation des Klimasystems sei sehr bedenklich und instabil, 34 Prozent hielten die Lage für eher bedenklich (zusammen: 67 Prozent). Den Zustand der Meere schätzten 36 Prozent als sehr und 35 Prozent als eher bedenklich ein, hinsichtlich der Entwicklung der Lebensräume und der Artenvielfalt waren es 26 Prozent (sehr instabil und bedenklich) bzw. 35 Prozent (ebd., 29). Die Zustimmungswerte unterschieden sich allerdings je nach Höhe der Bildungsabschlüsse und des verfügbaren Einkommens – wenngleich diese Unterschiede m.E. nicht gravierend ausfallen:

Tabelle 18: Umweltsorgen: Sehr/eher bedenklich ist die Situation der/des... (in Prozent)

	Bildung			Haushaltsnettoeinkommens			
	Niedrig	Mittel	Hoch	Bis 999	1000–1999	2000–3499	3500+
Meere	65	75	75	69	71	69	76
Klima	64	69	70	65	65	66	71
Lebensräume	69	69	67	63	63	65	69

Quelle: (ebd., 30–31)

Interessant ist vor diesem Hintergrund auch, welche Politikfelder die Befragten am wichtigsten fanden. Jede/r Befragte konnten drei Bereiche aus einer Reihe von Vorschlägen auswählen. Die beiden wichtigsten Probleme, die genannt wurden, lauteten über alle Einkommensschichten hinweg »Natur-, Umwelt- und Klimaschutz« sowie »Armut und soziale Gerechtigkeit«. Allerdings unterschieden sich die Anteile der Einkommenssichten, die diese Probleme wahrnahmen, teilweise beträchtlich.

Die erfasste Einkommensschichtung ist leider nach oben nicht sehr detailliert. In den beiden untersten Einkommenssichten halten mit 52 Prozent (bis 999 Euro Einkommen) und 54 Prozent (1000–1999 Euro) aber immer noch eine knappe Mehrheit Klima-, Umwelt- und Naturschutz für das wichtigste Handlungsfeld. Je höher das Einkommen, desto höher die Zustimmung. Nimmt man die Bildungsschichtung in den Blick, dann sind die Unterschiede zwischen oben und unten deutlich ausgeprägter. Aber auch bei denen, die einen niedrigen Bildungsabschluss haben, landet der Klima-, Umwelt- und Naturschutz auf Platz 1 – mit 49 Prozent, knapp gefolgt von Armut und Gerechtigkeit (46 Prozent) und Rente (43 Prozent).

Tabelle 19: Rangfolge wichtiger Politikfelder nach Bildungsabschlüssen und Einkommen (in Klammern: Prozentangaben)

Bildung		Haushaltsnettoeinkommen					
	Niedrig	Mittel	Hoch	bis 999	1000–1999	2000–3499	3500+
1	Klima und Natur (49 %)	Klima und Natur (60 %)	Klima und Natur (62 %)	Armut und Gerechtigkeit (57 %)	Klima und Natur (54 %)	Klima und Natur (57 %)	Klima und Natur (63 %)
2	Armut und Gerechtigkeit (46 %)	Armut und Gerechtigkeit (41 %)	Armut und Gerechtigkeit (41 %)	Klima und Natur (52 %)	Armut und Gerechtigkeit (46 %)	Armut und Gerechtigkeit (42 %)	Armut und Gerechtigkeit (36 %)
3	Rente (43 %)	Gesundheit (39 %)	Gesundheit (33 %)	Gesundheit (36 %)	Gesundheit (39 %)	Gesundheit (37 %)	Gesundheit (34 %)
4	Gesundheit (39 %)	Rente (29 %)	Bildung (33 %)	Rente (35 %)	Rente (37 %)	Zuwanderung/ Fremdenfeindlichkeit (30 %)	Zuwanderung/ Fremdenfeindlichkeit (31 %)
5	Zuwanderung/ Fremdenfeindlichkeit (31 %)	Zuwanderung/ Fremdenfeindlichkeit (28 %)	Zuwanderung/ Fremdenfeindlichkeit (28 %)	Zuwanderung/ Fremdenfeindlichkeit (21 %)	Zuwanderung/ Fremdenfeindlichkeit (27 %)	Rente (28 %)	Bildung (31 %)
6	Kriminalität (25 %)	Kriminalität (24 %)	Wirtschaft, Finanzen, Arbeitsmarkt (25 %)	Bildung (20 %)	Kriminalität und innere Sicherheit (25 %)	Bildung (25 %)	Wirtschaft, Finanzen, Arbeitsmarkt (25 %)
7	Wirtschaft, Finanzen, Arbeitsmarkt (21 %)	Bildung (23 %)	Kriminalität (22 %)	Wirtschaft, Finanzen, Arbeitsmarkt (20 %)	Wirtschaft, Finanzen, Arbeitsmarkt (21 %)	Kriminalität und innere Sicherheit (24 %)	Kriminalität und innere Sicherheit (23 %)
8	Bildung (18 %)	Wirtschaft (23 %)	Friedenspolitik/stabile Außenbeziehungen (21 %)	Kriminalität und innere Sicherheit (18 %)	Bildung (20 %)	Wirtschaft, Finanzen, Arbeitsmarkt (24 %)	Rente (22 %)
9	Friedenspolitik/stabile Außenbeziehungen (13 %)	Friedenspolitik/stabile Außenbeziehungen (17 %)	Rente (18 %)	Friedenspolitik/stabile Außenbeziehungen (13 %)	Friedenspolitik/stabile Außenbeziehungen (16 %)	Friedenspolitik/stabile Außenbeziehungen (17 %)	Friedenspolitik/stabile Außenbeziehungen (19 %)
10	Geschlechtergleichstellung (5 %)	Geschlechtergleichstellung (7 %)	Geschlechtergleichstellung (8 %)	Geschlechtergleichstellung (7 %)	Geschlechtergleichstellung (5 %)	Geschlechtergleichstellung (7 %)	Geschlechtergleichstellung (8 %)

Quelle: (ebd., 60)

Innerhalb der gesellschaftspolitischen Diskussion über den notwendigen Klimaschutz wird für gewöhnlich auf ein mögliches Spannungs- und Widerspruchsverhältnis zwischen dem Wunsch nach Klimaschutz und einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung hingewiesen, also dem Interesse an möglichst hohem Wachstum. Auch diesbezüglich sind die Befunde aus dem Bundesumweltministerium aufschlussreich. Der Aussage »Die Natur darf der wirtschaftlichen Entwicklung nicht im Weg stehen« stimmten nur 7 Prozent voll und ganz sowie 26 Prozent eher zu. 35 Prozent meinten hingegen, dies stimme eher nicht, 26 Prozent fanden, es stimme überhaupt nicht (ebd., 66). Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Zustimmung zu dieser Aussage bei Menschen mit einem niedrigen Bildungsabschluss deutlich höher war als bei den anderen. Dass die Natur kein Hindernis sein dürfte fanden immerhin 41 Prozent derjenigen mit niedrigem Bildungsabschluss, aber nur 33 Prozent derjenigen mit mittleren und 27 derjenigen mit einem hohen Abschluss (ebd., 65).

Interessante Eindrücke von Klimabewusstsein bietet auch eine repräsentative Studie aus der Hans-Böckler-Stiftung, in der zwischen November 2020 und Januar 2021 2956 Erwerbstätige (ohne Erwerbslose also) nach ihrer Meinung zu Klimawandel und Klimaschutzpolitik befragt wurden (Hövermann/Kohlrausch/Voss 2021). 65 Prozent der Befragten machten sich demnach große, 35 Prozent dagegen geringe Sorgen um den Klimawandel. Der Aussage, dass diejenigen, die viel haben, auch am meisten zur Bewältigung der Klimakrise beitragen sollten, stimmten 59 Prozent zu, während 16 Prozent dem widersprachen – ein wichtiger Befund, denn die Frage, wer eigentlich die Kosten des gesellschaftlichen Umbaus tragen sollte, gehört zu den zentralen der politischen Auseinandersetzung, und dürfte schon aufgrund der verbreiteten Ungerechtigkeitswahrnehmungen, von denen oben die Rede war, einige Brisanz haben. Eine Verbindung zwischen Klimakrise und dem zukünftigen Miteinander in Deutschland sah ebenfalls eine Mehrheit der Befragten. Immerhin 61 Prozent glaubten, dass der Zusammenhalt in Deutschland bedroht wird, wenn nicht mehr Maßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen werden, lediglich 20 Prozent widersprachen – teils/teils antworteten 19 Prozent. Und immerhin 77 Prozent waren der Meinung, es müsse deutlich mehr gegen den Klimawandel getan werden.

Auch in dieser Studie wurde der potenzielle Widerspruch thematisiert, der zwischen dem Interesse an wirksamen Klimaschutz und dem Interesse an einer prosperierenden Wirtschaft bestehen könnte, die immerhin den eigenen Lebensunterhalt sichert. Hierzu finden sich zwei interessante Schlaglichter, wenngleich in diesem Zusammenhang nicht die eigene Bereitschaft zum Verzicht abgefragt wurde. Dass man den wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland riskiere, wenn man »jetzt alles wegen des Klimawandels auf den Prüfstand« stellt, sahen immerhin 31 Prozent der befragten Erwerbstätigen so, 43 Prozent glaubten das hingegen nicht. Hierzu sind die Meinungen deutlich polarisierter – ein Viertel der Befragten ist unentschieden. Und: Der Aussage, der Umweltschutz sollte für Deutschland auch dann Vorrang haben, wenn er das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt, fanden immerhin 58 Prozent – nur 17 Prozent widersprachen (ebd., 13). Die bis hierhin diskutierten Befunde zeigen: Der Klimawandel wird von einer Mehrheit als wichtiges Problem betrachtet und – zumindest so lange kein direkter Bezug zur eigenen wirtschaftlichen Situation hergestellt wird – wirtschaftliche Prosperität wird auch

nicht als per se wichtiger betrachtet als die Bearbeitung der Klimakrise. Dass sich eine Mehrheit der Befragten mehr Klimaschutzmaßnahmen wünscht und Menschen, die wohlhabender sind, dafür stärker aufkommen sollen, wird ebenfalls deutlich.

Allerdings verraten uns diese Befunde nicht, welche Art der Klimaschutzpolitik gewünscht wird, wenn sie denn gewünscht wird, oder nichts darüber, warum Skeptiker*innen skeptisch sind. Mit Blick auf den letzten Punkt ist besonders interessant, wie Beschäftigte auf die bereits laufenden ökologischen Umbaumaßnahmen reagierten, deren Existenz direkt vom industriell-fossilen Komplex abhängen. Einen ersten Einblick bieten Befunde des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen aus einer Telefonbefragung von Betriebsräten und Vertrauensleuten aus Industriebetrieben.

Tabelle 20: Meinungen zu Klimaschutzpolitik bei Ehrenamtlichen der IGM

	Ja	Teils/ Teils	Nein
<i>Ökologie sollte ein wichtiges Thema für Gewerkschaften sein</i>	67	23	10
<i>Den Klimawandel zu stoppen, hat oberste Priorität</i>	64	26	10
<i>Zukünftigen Generationen wird es schlechter gehen als meiner</i>	65	23	12

Quelle: (Kuhlmann/Prekodravac//Rüb/Vogel 2022c, 22)

Mehrheitlich sehen auch ehrenamtlich aktive Gewerkschafter*innen aus dem Kernbereich des industriell-fossilen Kapitalismus die Notwendigkeit der Klimapolitik. Allerdings bewegen sie gleichzeitig Sorgen vor dem Wohlstandsverlust zukünftiger Generationen (ebd., 22). Ähnlich fallen auch die qualitativen Befunde eines anderen Göttinger Forscherteams aus. Auf der Grundlage von 9 intensiven Interviews und einer Gruppendiskussion mit Beschäftigten der Automobilindustrie sind Knut Tullius und Harald Wolf auf ausgeprägte Transformationssorgen gestoßen. Genährt wurden sie auch aus schlechten Assoziationen mit Restrukturierungen, an denen es der Branche in den vergangenen Jahrzehnten wirklich nicht mangelte (Tullius/Wolf 2022, 82). Zwar halten auch die interviewten Autobeschäftigten eine »grüne Wende« der Industrie für unvermeidlich, gerade auch angesichts des Klimawandels (ebd., 83). Dennoch stößt der laufende Umbau auf Skepsis. Dafür ist die Angst vor zukünftiger Arbeitslosigkeit sicherlich ein wichtiger Grund – nicht weniger wichtig sind aber bereits gemachte Erfahrungen mit der Undurchschaubarkeit früherer Transformationen in der Branche und in den eigenen Unternehmen. Diese wurden von anderen gemacht, andere waren Subjekt der Geschichte, sie selbst nahmen sich eher als Objekte wahr, blieben passiv. Deshalb waren diese Erfahrungen von Gefühlen der Ohnmacht und Einflusslosigkeit geprägt (ebd., 82). Die laufenden Umbauprozesse in der Branche, etwa die Wende zur E-Mobilität, lassen diese Erfahrungen wach werden. Das macht die Befragten zwar nicht zu Gegnern der ökologischen Transformation, man kann sich gut vorstellen, dass sie in den oben zitier-

ten Umfragen für Klimaschutz plädiert hätten. Der konkreten Transformation, wie sie sie erleben, begegnen sie aber mit deutlicher Skepsis.

Auf ähnliche Reaktionen sind auch Jörn Boewe und Johannes Schulten (Boewe/Schulten 2021) gestoßen. Zugespitzt: Die etwa 40 von ihnen interviewten aktiven Gewerkschafter*innen aus der Automobilindustrie identifizierten sich in geringerem Maße mit »ihrem« Unternehmen als in der Vergangenheit – etwas, was nach eigenem Bekunden auch für das eigene Umfeld zutreffe. Auch Boewe und Schulten weisen auf eine grundsätzliche Offenheit für ökologische Branchenpolitik hin. Aber weder wird dem Management zugetraut gute Entscheidungen für die Belegschaften zu treffen, noch Parteien eine gute Verkehrswendepolitik zu machen, die den ökologischen Umbau der Automobilindustrie aber begleiten müsste. Die Offenheit für eine ökologische Wende trifft unter anderem deshalb auf erhebliche Vorbehalte gegenüber dem, was tatsächlich passiert (ebd., 15f.; ebd., 67–74).

Ähnliche Eindrücke vermittelt eine Studie, die sich mit den Stimmungen in vier strukturschwachen Regionen (im Osten, Nordosten, Westen und Südwesten der Bundesrepublik) widmet (Fröhlich/Mannewitz/Ranft 2022, 10). 217 Menschen wurden im Frühsommer 2021 mit Hilfe von Kurzinterviews um ihre Meinung gefragt, etwa danach, was die größten Probleme im Land seien. 28,6 Prozent der Befragten meinten, dass soziale Probleme die größten Herausforderungen der Zukunft seien, 27,6 Prozent nannten den Umwelt- und Klimaschutz, 22,1 Prozent die wirtschaftliche Zukunft des Landes (ebd., 13). M.E. ist das ein bemerkenswertes Ergebnis für eine Befragung in einer strukturschwachen Region. Wie die Autor*innen hervorheben, dominieren im Alltag der Menschen aber nicht Klimasorgen, sondern – m.E. naheliegend – die wirtschaftlichen und infrastrukturellen Probleme, die aus schwierigen Strukturwandelhistorien entstanden sind, etwa sterbende Innenstädte oder ein Mangel an guten Jobs. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass der Blick auf die ökologische Transformation sorgenvoll war, weil er von eher negativen Erfahrungen mit den Umbrüchen in den eigenen Regionen geprägt ist. Von einer manifesten Angst vor den materiellen Folgekosten der Klimaschutzpolitik ist die Rede (ebd., 14). Und auch diese Studie macht den Vertrauensverlust in die Politik deutlich. Rund die Hälfte der Befragten sieht sich nicht vertreten, die Autor*innen spitzen eine verbreitete Stimmung mit »die da oben sind unfähig« zu (ebd., 18f.).

5.2 Die Sicht von Automobilbeschäftigten, Krankenpfleger*innen und Busfahrer*innen

Das Terrain der populären Anschauungen ist durch eine Reihe von Trends gekennzeichnet, die auf Veränderungsansprüche hinweisen könnten (siehe Kap. 5.1): Die soziale Ungleichheit wird kritisch betrachtet, die Gesellschaft von größeren Teilen der Bevölkerung als ungerecht wahrgenommen – tendenziell von den unteren Einkommensschichten mehr als von den oberen. Der Wohlfahrtsstaat wird auch vor diesem Hintergrund gewertschätzt, aber unterschiedliche Reformvorschläge werden in unterschiedlichem Maße unterstützt: Investitionen in Bildung und Kinderbetreuungsplätze sind schichtübergreifend beliebt, mehr Unterstützung für Erwerbslose ist dahingegen zwar mehrheits-